Zschopauer Tageblatt und Anzeiger

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger" erscheint werktäglich. Monatl. Bezugspreis 1.[illegible] RM. Zustellgeb. 20 Pfg. Bestellungen werden in unsr. Geschäftsst., von den Boten, sowie den allen Postanstalten angenommen

Wochenblatt für Zschopau und Umgegend

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pfg.; die 96 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Pfg.; Nachlaßstaffel B. Ziffer- und Nachweisgebühr 25 Pfg. zuzügl. Porto

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha und des Stadtrats zu Zschopau behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau — Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank e. G. m. b. H. Zschopau. Gemeindegirokonto: Zschopau Nr. 4; Postscheckkonto: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Zeitung für die Orte: Krumhermersdorf, Waldkirchen, Börnichen, Hohndorf, Wilischthal, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Witzschdorf, Scharfenstein, Schlößchen Porschendorf

Nr. 275 — Donnerstag, den 25. November 1937 — 105. Jahrgang

Politische Gangster-Methoden

Selbsterniedrigung eines englischen Blattes

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz":

Erst vor kurzem sahen wir uns genötigt, mit deutlichen Worten Pressemanövern entgegenzutreten, die noch vor dem Besuch des Lordpräsidenten Halifax versuchten, mit dreisten Unterstellungen die internationale politische Atmosphäre zu vergiften. Man hätte annehmen sollen, daß diese überall verstandene klare Antwort auf derartige für die Besserung der internationalen Beziehungen denkbar „ungeeignete Methoden" genügt hätte, nun den verantwortungslosen Elementen in der ausländischen Presse die Lust zu nehmen, ihre ebenso lächerlichen wie gefährlichen Machenschaften fortzusetzen.

Diese Hoffnung war trügerisch! Nach dem Besuch des Lordpräsidenten Halifax wurde die Lügenflut eines Teiles der ausländischen Presse schlimmer denn zuvor. Angebliche „Forderungen", angebliche „Wünsche" und Behauptungen über mehr oder weniger „politische Erpressungen" des Führers (!!) sind nach wie vor in den Spalten dieser Blätter Themen des Tages. So liefert uns neuerdings der „Manchester Guardian" ein Musterstück lügenhafter Berichterstattung.

Der Diplomatische Korrespondent dieses Blattes berichtet, daß deutscherseits in den Besprechungen mit Lord Halifax „Forderungen" gestellt worden seien, die sich in folgende Punkte zusammenfassen ließen:

1. Deutschland sei bereit, dem Völkerbund unter einer Reihe von Bedingungen, die sich auf bestimmte Punkte des Versailler Vertrages und die Anerkennung der italienischen Oberhoheit über Abessinien beziehen, wieder beizutreten.
2. England werde von Deutschland aufgefordert, einer Reorganisation des tschechischen Staates nach dem Muster des Schweizer Bundessystems zuzustimmen, wobei das Sudetenland den Charakter eines Schweizer Kantons erhalten solle.
3. England werde aufgefordert, sich zu verpflichten, der österreichischen Regierung keinen diplomatischen, politischen oder militärischen Beistand zu geben.
4. Deutschland verpflichte sich, die Kolonialfrage für eine Periode von sechs Jahren nicht aufzugreifen, und verspreche, später keinerlei Flotten- oder Militärbasen in seinen früheren Kolonien einzurichten.
5. Deutschland verpflichte sich, den Frieden in Spanien wiederherzustellen, sobald die britische Regierung die Regierung in Salamanca de jure anerkannt habe, usw.

So viel Worte, so viel Lügen!

Wir wissen nicht, aus welcher trüben Quelle diese „Informationen" stammen, aber wir wissen, daß sie von Anfang bis Ende lügenhafte Erfindungen sind!

Der englische Ministerpräsident Chamberlain sah sich veranlaßt, auf diesbezügliche Anfragen am Mittwoch im Unterhaus alle diese Spekulationen nicht nur als unverantwortlich sondern auch als höchst unrichtig zu bezeichnen. Wir möchten sie als freche und unverschämte politische Verleumdungen, ihre Verbreiter als internationale Brunnenvergifter brandmarken! Mit solchen publizistischen Gangster-Methoden kann man dem nationalsozialistischen Deutschland nicht mehr kommen!

Wie oft sollen wir es sagen: Es ist bei uns nicht üblich, dem Minister eines befreundeten Landes, der nach Deutschland kommt zwecks „Förderung des Wunsches zur Schaffung eines engeren gegenseitigen Verstehens" Forderungen zu stellen und ihm die Pistole auf die Brust zu setzen! Alle Kombinationen in dieser Richtung tragen also schon von vornherein den Stempel der Lüge auf der Stirn!

Wenn der Diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian" seinem lügnerischen Elaborat die Krone aufsetzt, indem er seine Regierung auffordert, diese uns so dreist unterschobenen „Vorschläge", die das „größere Deutschland in embryo" enthielten, als unannehmbar zurückzuweisen, weil ihre Annahme eine „Krise der englisch-französischen Beziehungen" bedeuten und außerdem die „englisch-amerikanischen Beziehungen stören würde" usw., dann wissen wir, was man mit diesen fortgesetzten infamen Unterstellungen Deutschland gegenüber bezwecken möchte.

Wir werden auch in Zukunft diesen politischen Gangster-Methoden mit der ihnen gebührenden Deutlichkeit entgegentreten und den publizistischen Strauchrittern die Maske vom Gesicht reißen. Denn wir sind mehr denn je überzeugt, daß, solange diesen internationalen Brunnenvergiftern, die jede Fühlungnahme zu lügenhafter Hetze benutzen, nicht das Handwerk gelegt ist, alle politischen Besuche und Besprechungen zwecklos sind und nur zu einer Verwirrung der internationalen Lage beitragen können.

Nationalsozialismus und Religion

Grundlegende Rede Kerrls

Im Rahmen einer großen Kundgebung der NSDAP. in Fulda sprach Reichsminister Kerrl vor mehr als 5000 Zuhörern in einer umfassenden Rede über Weltanschauung und Religion im nationalsozialistischen Staat.

Reichsminister Kerrl wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Weltanschauung die Bindung an Gott und eine göttliche Ordnung anerkennt, der nationalsozialistische Staat aber keinen Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken dulden könne, wie er andererseits keine religiös-reformatorischen Ziele habe, sondern nur auf Sicherung des deutschen Staates und der Einigkeit und Einheit des Volkes bedacht sei.

Der Minister wies nach, welche Toleranz die nationalsozialistische Regierung gezeigt habe. In den letzten fünf Jahren seien eine halbe Milliarde Zuschüsse an die beiden deutschen Hauptkirchen gezahlt worden. Aufgabe des Staates sei es, für Sicherung der religiösen Freiheit, für Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen und den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken zu verhindern. Die Partei sei kein Richter und wolle kein Richter sein über Religionen.

Reichsminister Kerrl sprach von der babylonischen Sprachverwirrung, die heute auf dem Gebiet der Religion und der Weltanschauung eingerissen sei. Die offiziellen Kirchen hätten sich leider nicht immer auf ihre rein religiösen Aufgaben beschränkt, sondern immer in der Gefahr gestanden, die Religion zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, seitdem sie in der europäischen Kirchengeschichte zu Staatskirchen geworden seien.

Der Minister wandte sich entschieden gegen das Gegeneinander-Ausspielen von Weltanschauung und Religion und stellte unter Hinweis auf die alleinige Gültigkeit des nationalsozialistischen Parteiprogramms folgendes fest:

Der Nationalsozialismus ist eine religiöse Bewegung, die die Bindung an Gott und die göttliche Ordnung nicht nur durchaus anerkennt, sondern durchlebt. Es ist das persönliche Recht des einzelnen, sich die Religionsgemeinschaft selbst auszusuchen. Die nationalsozialistische Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein politischer Mißbrauch der Religion unter allen Umständen vermieden wird.

Kirchen müssen für sich selbst sorgen

Es ist an sich nicht die Aufgabe der nationalsozialistischen Regierung, die Erhaltung von Kirchen durch Zuschüsse und durch Steuern von sich aus zu sichern. Das ist die Aufgabe der Gläubigen, denen es obliegen muß, für die Kirche zu sorgen, zu der sie gehören wollen. Wenn dies auch nicht sofort durchgeführt wird, so steht es doch als Ziel fest. Staat und Bewegung denken im übrigen nicht daran, sich in den Streit der Kirchen und Bekenntnisse über Dogmen einzulassen. Sie vertreten vielmehr ein positives Christentum, das einen Glauben in die Tat umsetzte, der Berge zu versetzen nicht nur in der Lage war, sondern diese Berge tatsächlich versetzt hat. Von dem Glauben, der Berge versetzen kann, hörten wir zwar auch von den Kirchen, aber wir sahen keine solchen Taten. Wie gern hätten wir gesehen, daß während des Weltkrieges ein solcher Glaube entstanden wäre, und in der Nachkriegszeit, daß ein solcher Glaube irgendwo wirksam wäre und unerhörte Berge der deutschen Not versetzt hätte. Wir erlebten nichts davon.

Da kam der eine zu uns, der diesen Worten wieder einen unerhörten Sinn gab. Es war einer, der uns sagte: „Glaubt an die Sendung, die Gott selbst in euch hineingelegt hat. Erkennt wirklich, daß es nicht auf Reden, sondern auf Taten ankommt, und seid gewiß, daß Gott euch auf diese Welt stellte, damit ihr als Deutsche für Deutschland sorgt. Dann werdet ihr sehen, wie das Wunder zwar nicht vom Himmel selbst herunterkommt, aber wie unser Glaube es erfüllen wird."

Fast 1 Milliarde Staatsleistungen

Der nationalsozialistische Staat habe trotz der ablehnenden Haltung von anderer Seite von Anbeginn an seinen guten Willen, mit den Konfessionen fruchtbar zusammenzuarbeiten, bekundet. Mit der römisch-katholischen Kirche habe er das Konkordat abgeschlossen, und in der evangelischen Kirche habe er alle Bestrebungen, zu einer einheitlichen Reichskirche zu gelangen, durchaus unterstützt. Beide Kirchen zusammen hätten jährlich 105 Millionen, also im Dritten Reich bisher eine halbe Milliarde, an Staatsleistungen erhalten. Hinzu kämen die Kirchensteuern, die der Staat mit jährlich 200 Millionen Mark für sie eingezogen habe, so daß sie im Dritten Reich bisher fast eine Milliarde Mark erhalten hätten.

Der Minister stellte eindeutig fest, daß der nationalsozialistische Staat sowohl wie die nationalsozialistische Partei sich mit keiner einzelnen Religionsgemeinschaft gleichsetzt. Trotz der bewiesenen übergroßen religiösen Toleranz hätten aber immer wieder Geistliche beider Konfessionen gegen den Staat gewühlt. Bezeichnend seien die 7000 Strafanzeigen, die seit dem Jahre 1933 gegen Vertreter der Kirchen erstattet worden seien.

Wenn die Religionsgemeinschaften ihrer Religion richtig gefolgt wären, dann hätten sie sehr leicht in Frieden mit dem nationalsozialistischen Staate leben können. In diesem Staate könne allerdings nur der Staat selbst herrschen und nur einer führen. Ihm in völliger Disziplin und Unterordnung zu folgen, sei unser aller Aufgabe. Bezeichnenderweise hätten die christlichen Freikirchen eindeutig anerkannt, daß sie niemals freier und ungehinderter das Evangelium verkünden könnten als im Dritten Reich. Ihre Vertreter, die nicht machtpolitisch, sondern religiös interessiert seien, seien von der Bekenntnisfront diffamiert worden.

Der nationalsozialistische Staat könne nicht mehr an einem Staatskirchentum festhalten, das, wie immer es im einzelnen geartet sei, auf dem Grundsatz „cuius regio, eius religio" fuße. Das Bestreben der nationalsozialistischen Kirchenpolitik sei vielmehr, die politisierenden Kirchen wieder in wahrhaft religiöse Gemeinschaften umzuwandeln.

Vorerst keine Kirchenwahl

Der evangelischen Kirche gegenüber habe der Staat sich zuletzt durch die Einsetzung der Kirchenausschüsse bemüht, die vorhandenen Streitigkeiten zwischen den verschiedenen kirchenparteilichen Gruppen zu überwinden. Die Kirchenparteien aber hätten nicht gewollt. Der Führer habe nochmals in einem großzügigen Wahlerlaß die hilfreiche Hand des Staates ausgestreckt. Daß die Wahl bis heute noch nicht habe durchgeführt werden können, sei einzig und allein die Schuld der Kirche.

Eine einheitliche Richtung sei in der evangelischen Kirche nicht herzustellen. Der Staat verhalte sich deshalb in Sachen dieser Wahl abwartend, nachdem sie von den Kirchenparteien vorerst selbst abgelehnt worden sei. Bis auf weiteres

Der Führer in Sonthofen.

Der Führer trifft zur Weihe der dritten Ordensburg Sonthofen im Allgäu ein und schreitet mit Reichsorganisationsleiter Dr. Ley (links) und dem Burgkommandanten Bauer (Mitte) die Front der im Burghof angetretenen Gauamts- und Kreisleiter ab. (Weltbild-Wagenborg.)